

p.B.15.21.RDA.(2) - GRE/ra

3003 Bern, den 5. Juli 1978

VERTRAULICH

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter
Dr. A. Weitnauer, in Berlin/DDR, 21. - 23. Juni 1978

Der Generalsekretär des Departementes hielt sich vom 21. - 23. Juni 1978 in Berlin/DDR auf. Er erwiderte damit einen Besuch des Stellvertreters des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Kurt Nier (N), vom September letzten Jahres.

Der Grundton des Besuches war konstruktiv und freundlich. Dazu trug sicher auch die Person des Gesprächspartners, Kurt Nier, bei. Er ist im Umgang angenehm, im Ton gemässigt und in der Gesprächsführung gewandt. Obwohl seine Sprache vom marxistischen Jargon relativ frei ist, ist man doch kaum im Zweifel darüber, dass man es mit einem linientreuen Kommunisten und Diener seines Staates zu tun hat. Man spricht von ihm als möglichen neuen Vertreter Ostberlins in Bonn.

Neben den Gesprächen fand auch ein kleines Besuchsprogramm statt (Berlin-Ost und Potsdam).

Den Inhalt der Gespräche, für die keine detaillierte Tagesordnung aufgestellt worden war, kann man in zwei Teile gliedern: der eine bezieht sich auf einige aktuelle internationale Probleme, der andere auf einige die Schweiz besonders interessierende und bilaterale Fragen.

I. Aktuelle internationale Probleme

Ost-West-Verhältnis

WR geht bei diesem Thema von der Rolle der Grossmächte aus; von ihnen werde weitgehend das Ost-West-Klima bestimmt. Eine auf beiden Seiten bestehende Ideologie (Präsident Carter mit seinem

./.

Dodis



- 2 -

neuen "Geist" in der Politik einerseits und die Sowjetunion mit dem Marxismus/Leninismus andererseits) sei nicht geeignet, das gegenseitige Vertrauen zu fördern.

N glaubt nicht, dass die verschiedenen "Philosophien" der beiden Seiten die Ursache des neu erwachten Misstrauens seien. Die sowjetische Ideologie bestehe schon lange. Beide Seiten hätten ihre Auffassung, wie sich die menschliche Gesellschaft entwickeln werde, und solange nicht versucht werde, die eine oder andere mit Gewalt durchzusetzen, mache dies nichts. Jeder müsse eben die Haltung des andern akzeptieren. Das Interesse der DDR an der Entspannung will N auch mit den weitgesteckten Zielen für die Lebensqualität ihrer Bevölkerung belegen: zu ihrer Erreichung brauche sie alle Kräfte und den Frieden.

Nach N ist die DDR über gewisse Entwicklungen in der Politik der USA besorgt. Die Verantwortung des Präsidenten der USA dürfe nicht auf Emotionen und missionarischem Geist basieren, denn das führe zu Unberechenbarkeit. Vielmehr müsste sie von der Vernunft und Logik ausgehen. Was die Berater Carters anbetrifft, hat man in der DDR den Eindruck, dass jene Kräfte, welche die militärische Komponente stärker ins Kalkül ziehen, vermehrten Einfluss gewonnen haben.

Sowohl WR wie auch N weisen auf den negativen Einfluss des Wettrüstens auf die Entspannung hin. Für N ist die Abrüstung zu einer der wesentlichsten Fragen geworden. Wenn es nicht gelinge, diese Probleme unter Kontrolle zu bringen, werde auch die politische Entspannung gefährdet. Diese sollte jedoch vielmehr auch auf das militärische Gebiet ausgedehnt werden. Für die DDR seien die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes der Mächte und das Prinzip der gleichen Sicherheit von grundlegender Bedeutung.

KSZE

Nach einigen allgemeinen Ausführungen über die Nach-Helsinki-Politik der DDR stellt N auch die Beziehungen zur BRD in diesen Rahmen. Die deutsch-deutschen Beziehungen seien nicht nur ein bilaterales, son-

dern ein gesamteuropäisches Problem. Aus Verantwortung für die gesamteuropäische Sicherheit sei die DDR bereit, ihre Beziehungen mit der BRD zu normalisieren. Leider wirkten sich die in den Massenmedien der BRD häufig auftauchenden Kampagnen gegen die DDR auf das Verhältnis immer wieder störend aus.

SRPD (siehe II. Teil)

Mittlerer Osten

Nach N kann das Mittel-Ost-Problem nur "komplex", unter Mitwirkung aller Beteiligten im Rahmen einer (Genfer)konferenz gelöst werden. Einzelschritte, wie derjenige Sadats, haben nicht zu Fortschritten geführt, wohl aber zusätzliche komplizierende Faktoren geschaffen. Israel ist bis jetzt in keiner einzigen Frage von seiner Haltung abgewichen. N führt die folgenden Bedingungen für eine Lösung auf: Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten; Respektierung der Rechte des palästinensischen Volkes (inklusive Eigenstaatlichkeit); Unabhängigkeit und Sicherheit für alle Staaten der Region.

Die DDR verurteilt die "Agression" Israels im Libanon. Sie erachtet den Einsatz der UNO-Truppen nicht als geeignetes Mittel für eine dauerhafte Lösung.

Den Vereinigten Staaten spricht N eine besondere Verantwortung bei der Lösung des Mittel-Ost-Problems zu. Zusammen mit den verbündeten Staaten sollen sie auf Israel einen entsprechenden Einfluss ausüben. Die DDR versuche das Gleiche im Rahmen ihrer Beziehungen mit den arabischen Staaten.

Afrika

WR leitete dieses Kapitel ein mit einer Darstellung unserer Politik hinsichtlich einiger aktueller Fragen dieses Kontinents. Er möchte dort den allgemeinen Grundsatz, wonach das Geschick Afrikas den Afrikanern überlassen werden sollte, angewendet wissen. Die DDR - so N - ist gegen eine äussere Einmischung in afrikanische Angelegenheiten. Sie habe deshalb den Angriff Somalias auf Aethiopien verur-

- 4 -

teilt. (Eritrea betrachtet sie als ein spezielles Problem, das zwischen der Zentralregierung und Eritrea geregelt werden sollte.)

Bezüglich Shaba benützt N die Gelegenheit, um das, was er als Angriffe und Verleumdungen der DDR bezeichnet, zurückzuweisen. Die DDR sei an jenen Ereignissen in keiner Weise, namentlich mit keinem einzigen Soldaten, beteiligt gewesen. Für die DDR handle es sich bei diesem Konflikt um eine innere Angelegenheit Zaires. Der militärische Einsatz Frankreichs, Belgiens und anderer sei für eine echte Beilegung des Konfliktes nicht geeignet. Diese Stellungnahme hindert N allerdings nicht - auf eine Frage von WR - die Präsenz kubanischer Truppen in Afrika mit der Begründung zu rechtfertigen, dass dies im Einvernehmen mit den betreffenden Regierungen zur Abwehr von Angriffen geschehe.

Beide Gesprächspartner sind sich darin einig, dass die aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen respektiert werden sollen.

Nationale Befreiungsbewegungen werden von der DDR unterstützt, weil - wie N ausführt - auch die Afrikaner das Recht auf Selbstbestimmung haben müssen. In Rhodesien unterstützt sie die nationale Befreiungsbewegung. Ihrer Meinung nach vermag die "innere Lösung" das Rhodesien-Problem nicht zu lösen. In Südafrika stellt N ein Weiterbestehen der Apartheid fest. Die DDR halte es daher für ein legitimes Unternehmen, wenn sich die einheimische Bevölkerung zur Wehr setze.

II. Die Schweiz besonders interessierende und bilaterale Fragen

SRPD

N bestätigt, dass die DDR an der Tagung in Montreux teilnehmen wird. Sie werde unser Dokument prüfen, gehe aber davon aus, dass jedermann das Recht habe, eigene Vorschläge einzubringen. Im grundsätzlichen habe sich die Auffassung der DDR, wie sie bereits früher dargelegt worden sei, nicht geändert. Ihrer Meinung nach gehört die Wahl eines Streitschlichtungsmittels in den Souveränitätsbereich des Staates,

./.

der nicht angetastet werden darf. Die Wahl des geeigneten Mittels hat durch gegenseitige Abstimmung zu erfolgen. Die Entgegnung WRs, dass die Festlegung auf ein Streitschlichtungsmittel ebensogut als Ausübung der Souveränität im Interesse des Ganzen betrachtet werden könne, und dass der Einwand der DDR, logisch zu Ende gedacht, bedeuten müsste, dass ein Staat heute noch völlig unabhängig leben könne, vermag natürlich N nicht zu beeinflussen. Denn offensichtlich sind hier politische Imperative vorhanden, an denen alle logischen Argumente zerschellen müssen.

Schweiz / UNO

WR informiert kurz über den Stand der Beitrittsfrage. N seinerseits betont, dass er - abgesehen von unseren eigenen internen Umständen - für unseren UNO-Beitritt überhaupt kein Problem sehe. Die DDR würde im Bestreben nach Universalität der Organisation einen Beitritt begrüßen und infolgedessen einen Aufnahmeantrag unterstützen.

Genf - Wien

Auf die Ausführungen WRs über die Bedeutung, die wir Genf als Sitz von internationalen Organisationen beimessen, antwortet N im wesentlichen unverbindlich. Er würdigt die Rolle Genfs und der Schweiz. Die DDR hätte keinen Grund, einen Kampf gegen Genf zu führen, das gleiche gelte aber auch für Wien. Sie möchte mit beiden Staaten gute Beziehungen haben. N weist auch auf die Bedeutung einer Verständigung zwischen der Schweiz und Oesterreich in dieser Frage hin.

CDDH / Ratifizierung der Zusatzprotokolle

WR gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die DDR die Protokolle ratifizieren wird.

N antwortet, er kenne die Angelegenheit zwar nicht, nehme aber an, dass die DDR, wenn sie die Protokolle unterzeichnet habe, sie auch ratifizieren werde.

Stand der bilateralen Beziehungen

Nach Meinung NS entwickeln sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern positiv und können weiter ausgebaut werden. Unsere Antwort vom 30. April auf das Aide-mémoire der DDR vom November 1977 wird in dem Sinne interpretiert, dass auch wir den Ausbau der Beziehungen befürworten.

WR bestätigt diese Grundtendenz.

Gegenseitige Einladung der Aussenminister

Angesichts der sich gut entwickelnden Beziehungen wiederholt die ostdeutsche Seite den Vorschlag, den gegenseitigen Gesprächsaustausch auf die Ebene der Aussenminister zu heben, und sie lädt den Departementschef zu einem Besuch der DDR ein. Beim anschliessenden Höflichkeitsbesuch spricht WR seinerseits im Auftrage Bundesrat Auberts eine Einladung an Aussenminister Fischer zu einem Besuch in der Schweiz aus. Trotzdem die Einladung zuerst von der ostdeutschen Seite ausgesprochen wurde, scheint sie zu akzeptieren, dass ihr Aussenminister zunächst nach Bern kommt (voraussichtlicher Termin: nächstes Jahr).

Rechtshilfeabkommen

WR weist in Beantwortung des von deutscher Seite ausgesprochenen Wunsches darauf hin, dass unsererseits vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Rechtshilfe in Strafsachen an die Aushandlung eines Abkommens auf diesem Gebiet kaum gedacht werden könne.

Vermögensrechtliche Verhandlungen

WR dankt den Behörden der DDR für die bisherige Behandlung dieses Fragenkomplexes.

Transfer gewisser nichtkommerzieller Zahlungen

WR wiederholt unser Begehren und erklärt, dass uns die negative Antwort der DDR nicht befriedige. Für den Fall, dass sie in dieser

- 7 -

Frage weiterhin an ihrem Standpunkt festhält, unterbreitet er einen Eventualvorschlag, der eine Verwendung der aufgelaufenen Guthaben durch unsere Botschaft in Ostberlin und eine entsprechende Vergütung der Anspruchsberechtigten, die keinen Wohnsitz in der DDR haben, vorsieht.

N erklärt, dass die bisherigen Vereinbarungen den ökonomischen Gegebenheiten und politischen Erfordernissen der DDR entsprechen. Er schliesst jedoch nicht aus, dass später wieder Verhandlungen aufgenommen werden können. Den neuen schweizerischen Vorschlag nimmt er zur Prüfung entgegen. WR überreicht ihm ein entsprechendes Aide-mémoire.

Kulturelle Zusammenarbeit

N ist sich der schweizerischen Situation, namentlich auch unserer Haltung gegenüber Kulturabkommen, bewusst. Er weist aber darauf hin, dass infolge innerer Gegebenheiten der DDR für sie solche Abkommen erwünscht seien. Die DDR habe das System der Planung. Dabei haben Staaten mit Abkommen die Priorität. Was übrig bleibt, geht dann - oft mit vielen Zufälligkeiten - an einzelne Länder. Für die DDR gehe es bei dieser ganzen Frage darum, die Sache "planbar" zu machen. N appelliert an die schweizerischen Stellen, in dieser Beziehung nach weiteren Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

WR empfiehlt, unter den gegebenen Umständen pragmatisch vorzugehen und beiderseitig Unterstützungswürdiges zu fördern.

Er weist bei dieser Gelegenheit noch auf das Hindernis der nichttransferierbaren Honorare bei Auftritten in der DDR hin.

Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet

Die DDR wird hierzu einen Gegenentwurf zu den von schweizerischer Seite gemachten Vorschlägen unterbreiten.

./.

Zulassung von Zeitungskorrespondenten

N beantwortet das hängige schweizerische Begehren positiv. Die DDR ist bereit, weitere Journalisten aus der Schweiz zu akkreditieren und ihnen 12 Monate gültige Visa für mehrmalige Einreisen zu gewähren. Sie wird auch Gesuche um Zweitakkreditierung in positivem Geiste prüfen. N schlägt vor, diese Fragen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in geeigneter Form (z.B. Notenwechsel) zu regeln.

Bezug schweizerischer Presseerzeugnisse durch in der DDR lebende Schweizer

Das schweizerische Begehren, unsern Landsleuten in der DDR möchte es gestattet werden, schweizerische Presseerzeugnisse zu erhalten, wird von der DDR abgelehnt. Sie gehe beim Austausch von Presseerzeugnissen - erklärt N - von der Schlussakte von Helsinki aus. Sie müssten demnach dem Frieden und der persönlichen Bereicherung dienen. In Zeitungen und Zeitschriften anderer Staaten gebe es aber immer wieder falsche Informationen, ja sogar Verleumdungen betreffend die DDR. Als Beispiel nennt er einen Artikel, in dem wider besseres Wissen die DDR mit der faschistischen Diktatur verglichen werde. (N nannte keine Namen: von einem seiner Mitarbeiter war nachher jedoch zu erfahren, dass er damit einen Leitartikel in der NZZ vom 3./9. April dieses Jahres meinte.)

WR erklärt sich von der Antwort enttäuscht und bezeichnet sie als kleinlich. Dies insbesondere nachdem - wie N selber ausgeführt hat - die DDR im Sendebereich von bundesdeutschen Radio- und Fernsehstationen liegt. N fügte anschliessend noch bei, dass was heute nicht möglich, es vielleicht später sein könne. Offensichtlich wollte hier die DDR nicht via Auslandschweizer eine Bresche in ihr Informationssystem schlagen lassen.

Wirtschaftliche Beziehungen

Auf diese wurde nicht eingegangen. N wiederholte lediglich das Begehren nach der Beseitigung gewisser Handelshemmnisse.


(A. Greber)